

## Teurer Abstimmungskampf: Fake News aus Stäfa in allen Schweizer Briefkästen

*Gegner des Klimaschutzgesetzes schicken einen Flyer an sämtliche Haushalte im Land – und machen ein Geheimnis um ihre Identität. Wir lüften es.*

Charlotte Walser

Der Versand an alle Haushalte in der Schweiz kostet über 600'000 Franken.

Die Klimaerwärmung sei nicht menschengemacht und stelle keine Bedrohung dar, denn die Erwärmung fördere den Pflanzenwuchs: Das steht auf dem Flyer, der dieser Tage in allen Briefkästen landete. Das Klimaschutzgesetz sei in Wahrheit ein Verbots- und Verarmungsgesetz. Schuld daran: «amerikanische Milliardäre».

Absender ist ein Komitee aus Stäfa mit dem Namen «Rettung Werkplatz Schweiz». Dieses tritt nicht zum ersten Mal in Erscheinung. Schon in früheren Abstimmungskämpfen – etwa zur Durchsetzungs- und zur Konzernverantwortungsinitiative – ist es aktiv geworden. Wer verantwortlich ist, lässt sich seiner Webseite nicht entnehmen. Doch bei früheren Aktionen wurde bekannt, dass es sich um Kurt Zollinger handelt, den ehemaligen Präsidenten der SVP Stäfa.

Die Spuren laufen zur SVP: Briefkopf des Flyers aus Stäfa.

Zollinger streitet seine Beteiligung nicht ab, sagt aber, es gebe «mehrere treibende Kräfte». Wer das ist und wer die Aktion finanziert, will Zollinger nicht preisgeben: «Es sind viele.» Darunter dürften auch Grossspender sein: Allein der Versand kostet über 600'000 Franken, hinzu kommen die Druckkosten. Fachleute schätzen die Gesamtkosten auf rund eine Million Franken.

Die SVP beteiligt sich laut Zollinger nicht finanziell. Doch der Inhalt sei mit der Mutterpartei abgesprochen. Tatsächlich ist auf der Website des Werkplatz-Komitees auch das Argumentarium der SVP zu finden. Anders als auf dem Flyer ist darin allerdings weder von positiven Folgen des Klimawandels noch von einer Verschwörung amerikanischer Milliardäre die Rede.

### «Immer schriller»

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer sieht im Flyer einen neuen Tiefpunkt im Abstimmungskampf. «Den Gegnerinnen und Gegnern fehlen offensichtlich Argumente, da das Klimaschutzgesetz die Menschen beim Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen finanziell entlastet», sagt sie. «Deshalb greifen sie zu immer schrilleren Mitteln und Fake News.»

Ausdrücklich begrüsst hat die Botschaften SVP-Nationalrat Andreas Glarner. «Es gibt auch vernünftige Nachrichten aus Stäfa», schrieb er auf Twitter. Damit spielte Glarner auf die Kontroverse um den Gendertag in Stäfa an, der nach seinen Äusserungen aus Sicherheitsgründen abgesagt werden musste.

Doch geht die Strategie auf? Politgeograf Michael Hermann bezweifelt, dass die Gegner mit dem «dubiosen» Komitee ihr Ziel erreichen. Zwar könnten Nebenkomitees durchaus

Wirkung erzielen, sagt er. Dafür müsse aber der Name geschickt gewählt werden. Die Sorge um den Werkplatz stehe zurzeit nicht im Vordergrund. Beim Inhalt macht Hermann ebenfalls «handwerkliche Fehler» aus. «Diese Abstimmung wird in der Mitte entschieden», sagt er. Wirkungsvoll wäre deshalb ein Inhalt, der ein breiteres Publikum anspreche – also auch Personen, die nicht SVP wählten. Das sei hier nicht der Fall. Im Gegenteil: Der Inhalt des Flyers sei noch radikaler und rechter als die SVP-Nein-Kampagne.

### «Was für eine Frechheit»

Mehr Wirkung könnte laut Hermann die Strategie des SVP-Nein-Komitees entfalten. Dieses suggeriert, bekannte Organisationen und Personen bekämpften das Gesetz. So verbreitet es mit dem Logo des Mieterverbandes das Zitat «Die Mieten werden schon bald massiv ansteigen». Der Mieterverband schrieb dazu auf Twitter: «Was für eine Frechheit: Die Nein-Kampagne insinuiert in unserem Namen, die Mieten würden wegen des Klimaschutz-Gesetzes ansteigen. Dabei steigen sie wegen illegaler Renditen der Hauseigentümer und des Referenzzinssatzes. Wir sagen klar Ja zum Klimaschutzgesetz.»

Was für eine Frechheit: Die Nein-Kampagne insinuiert in unserem Namen, die Mieten würden wegen des Klimaschutz-Gesetzes ansteigen. Dabei steigen sie wegen illegalen Renditen der Hauseigentümer und dem Referenzzinssatz. Wir sagen klar JA zum [#Klimaschutzgesetz](#). [@klimaschutzch](#) [pic.twitter.com/w2WRNyEDk7](#)— Mieterverband (@Mieterverband) May 22, 2023

Ähnlich erging es FDP-Präsident Thierry Burkart. Mit einem Zitat von ihm insinuierte das Nein-Komitee, Burkart lehne das Gesetz ab, obwohl er es befürwortet. Die FDP bezeichnete das als unredlich und verlangte die Entfernung ihres Logos.

Erlaubt ist in Abstimmungskämpfen vieles. Auf der Webseite ch.ch des Bundes steht: «Beispielsweise ist es nicht komplett verboten, willentlich falsche Informationen (Fake News) zu verbreiten.» Auch müssen Geldgeber nicht offengelegt werden. Für Grossspender wird es künftig allerdings schwieriger, anonym zu bleiben: Ab nächstem Frühjahr müssen Spenden ab 50'000 Franken für Kampagnen ausgewiesen werden.